



Landeshauptstadt Wiesbaden | Amt 31 | Postfach 39 20 | 65029 Wiesbaden

Der Oberbürgermeister
Allgemeine Ordnungsbehörde
 Ordnungsamt
 Waffen- und Sprengstoffrecht

Alcide-de-Gasperi-Straße 2*
 65197 Wiesbaden
 Ansprechpartnerin: Frau Lanio
 Zimmer Nr.: 005
 Telefon: 0611 31-2124
 Telefax: 0611 31-4970
 E-Mail: wajafi@wiesbaden.de

Deutscher Schützenbund e. V.
 Geschäftsführer
 Herrn Jörg Brokamp
 Lahnstraße 120
 65201 Wiesbaden

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Unser Zeichen
 310212/la

Datum
 19.05.2016

Durchführung des Waffengesetzes (WaffG)

hier: Erlaubnis nach § 27 WaffG

Sehr geehrte Damen und Herren,
 Sehr geehrter Herr Brokamp,

es ergeht folgende **V e r f ü g u n g** :

1. Auf Grund der Überprüfung des Schießstandes am 29.04.2016 wird Ihnen gemäß § 27 Abs. 1 Waffengesetz (WaffG) in der zurzeit gültigen Fassung

die jederzeit widerrufbare Erlaubnis erteilt,
eine ortsveränderliche, aufblasbare Schießstätte zu betreiben.

2. Für diese Erlaubnis erhebe ich eine Gebühr in Höhe von 250,00 Euro.

Bedingung:

Die Erlaubnis gilt nur in Verbindung mit einer Versicherung gegen Haftpflicht gem. § 27 Abs. 1 Satz 2 Waffengesetz in Höhe von mindestens 1 Million Euro - pauschal für Personen- und Sachschäden - sowie gegen Unfall in Höhe von mindestens 10.000 Euro für den Todesfall und mindestens 100.000 Euro für den Invaliditätsfall bei einem im Geltungsbereich dieses Gesetzes zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen.

Auflagen:

Diese Erlaubnis ist nur gültig, sofern die nachfolgenden Punkte eingehalten werden:

1. Der gemäß anliegenden Gutachten des Schießstandsachverständigen, Herrn Dipl.-HTL-Ing. Dieter Stiefel näher bezeichnete Mangel (Siehe Seiten 8-9 des Gutachtens vom

Unsere Servicezeiten:
 Montag, Freitag 8:00 - 12:00 Uhr
 Mittwoch 8:00 - 18:00 Uhr
 Dienstag und Donnerstag geschlossen
 Sammelnummer und Auskunft:
 0611 31-0

Bankverbindung der Stadt Wiesbaden:
 Nassauische Sparkasse Wiesbaden
 IBAN DE10 5105 0015 0100 0000 08
 BIC NASSDE55XXX
 Gläubiger-ID DE56ZZZ000000004102
 USt-ID DE113823704

*erreichbar von den Bushaltestellen:
 Willy-Brandt-Allee
 (Linie 5, 8, 15, 18, 38)

www.wiesbaden.de

30.04.2016) ist unverzüglich zu beseitigen. Der Mangel ist, sofern das dort vorgeschlagene Verfahren - Anbringung der Weichfaserplatten mittels Klebung - nicht möglich ist, durch Verschraubung von schmalen Holzleisten von der Rückseite aus, bis zum 02.06.2016 zu beheben. Die Mängelbeseitigung ist der Behörde nachzuweisen.

2. Folgende Waffen- und Munitionsarten sind auf der ortveränderlichen Schießstätte zugelassen:
 - a) Druckluft-, Federdruckwaffen und Waffen, bei denen zum Antrieb kalte Treibgase Verwendung finden (nach Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Nr. 2.9 zum WaffG) bis zu einer Bewegungsenergie der Geschosse von nicht mehr als 7,5 Joule.
Es dürfen nur handelsübliche Weichbleigeschosse mit Kelchform im Kaliber 4,5 mm (sog. Diabolos) verwendet werden. Insbesondere Federbolzen sind nicht zulässig.
 - b) Armbrust, als tragbarer Gegenstand gem. Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.2.2 zum WaffG. Es dürfen nur Armbrüste des Fabrikats „Walther“ mit der Modellbezeichnung „Hobby-Tell“ oder vergleichbare Armbrüste anderer Hersteller, bei denen die maximale Bewegungsenergie der Bolzen deutlich unter 7,5 Joule liegt
 - c) Bogen: Die Verwendung von Compoundbögen ist untersagt, Recurvebögen dürfen nur mit einer max. Zugkraft von 20 lbs genutzt werden.
Pfeil und Bogen unterliegen nicht dem WaffG. Aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit des mobilen Schießstandes z.B. zum Schutz der Textilumschließung vor Beschädigung sowie der Nutzer wird darauf hingewiesen, dass beim Schießen mit Pfeil und Bogen ebenfalls geeignete Vorrichtungen zum Auffangen der Pfeile verwendet werden müssen.

Es darf nur mit den zugelassenen Waffen und Projektilen geschossen werden. Die zugelassenen Waffen- und Geschossarten sind den jeweiligen Aufsichtspersonen und Nutzern auf geeignete Weise, vorzugsweise durch einen deutlich sichtbaren Aushang, bekanntzugeben.

Auf der Rückseite des Schießstandes (Rückseite „Abschlusswand“ - Seiten 7-8 des Gutachtens vom 30.04.2016) ist zwischen dem Wulst eine zweite Lage des Zeltstoffes dauerhaft anzubringen, damit die äußere Sicherheit gewährleistet ist.

Vor dieser Nachbesserung darf die Schießstätte aus sicherheitstechnischer Sicht nicht mit Druckluftwaffen genutzt werden.

3. Die Abschlusswand ist keinesfalls mehr auf eine punktförmige Belastung ausgelegt, so dass innen vor der Plane zusätzlich eine mind. zwei Meter hohe Abdeckung als Bolzen- bzw. Pfeilfang oder bei Druckluftwaffen eine vollflächige textile Abhängung mit einem doppellagigen Geotextil vorzusehen ist.
4. Beim Aufstellen des transportablen Schießstandes sind die Vorgaben des Gutachtens vom 30.04.2016 zu beachten. Der Schießbetrieb darf nur aufgenommen werden, wenn im Schießbereich die Bodenplane eingebracht ist (siehe Seite -6- des Gutachtens vom 30.04.2016). Während des Schießbetriebes ist auf den korrekten Sitz der Seitenwände zu achten und ggf. sind die Klettverschlüsse, welche die Seitenwände unten und oben fixieren, durch das Aufsichtspersonal wieder fest zu drücken.
5. Zum Schießbetrieb muss der Schießtisch so in den Schießraum gestellt werden, dass sich beim Laden die Mündung der Waffen bzw. Vorderseite der Armbrüste innerhalb des Schießraums befinden.

6. Hinter den Schützenständen muss eine Absperrung zum Zuschauerbereich vorhanden sein (Absperrung mit Flutterband). Es muss weiterhin gewährleistet sein, dass kein Unbefugter die Schießbahn betreten kann.
7. Beim Schießen mit der Armbrust müssen bei Minderjährigen das Spannen des Bogens und das Einlegen des Bolzens immer durch die verantwortliche Aufsichtsperson erfolgen.
8. Der Schwenkbereich von Kurz Waffen (unter 60 cm Gesamtlänge) ist bei deren Verwendung analog Nr. 6.5.2 der SRL durch geeignete Maßnahmen zu begrenzen. Insbesondere muss durch bauliche Lösungen (siehe S. 12 des GA) ausgeschlossen werden, dass sich ein Schütze mit geladener Kurzwaffe umdrehen und nach hinten aus der Anlage herausschießen kann.
9. Es darf auf maximal zwei (2) Schützenpositionen geschossen werden.
10. Es darf nur im stehenden Anschlag geschossen werden. Die vorgegebenen Schützenpositionen hinter der Brüstung sind einzuhalten.
11. Der Schütze ist durch einen augenfälligen Anschlag sowie durch persönliche Ansprache darauf hinzuweisen, dass erst dann geschossen werden darf, wenn niemand, insbesondere keine Bedienungs- bzw. Aufsichtsperson, gefährdet ist.
12. Die Schießbahnen dürfen z.B. bei Störungen der Scheibensysteme erst dann auf Weisung der Aufsichtspersonen betreten werden, wenn alle genutzten Waffen abgeschossen und abgelegt worden sind.
13. Während des Schießens dürfen sich unbeteiligte Personen nicht im Bereich des Schützenstandes (Bereich zwischen Brüstung und rückwärtiger Absperrung) aufhalten; es dürfen sich hier nur die Schützen und die verantwortliche Aufsichtsperson bzw. Bedienungs person befinden.
14. Die Aufsichtsperson hat insbesondere dafür zu sorgen, dass die anwesenden Schützen durch ihr Verhalten keine vermeidbaren Gefahren verursachen und die Betriebsanweisungen eingehalten werden.
15. Bei Minderjährigen hat der Betreiber gem. § 27 Abs. 6 WaffG sicherzustellen, dass die verantwortliche Aufsichtsperson in jedem Fall nur einen Schützen bedient.
16. Die grundsätzlichen Vorschriften für Bedienungspersonen aus den Richtlinien für fliegende Bauten sind zu beachten (vgl. Anlage 1a und 1b des Gutachtens vom 30.04.2016).
17. In der Schießanlage selbst sind gut sichtbar Aushänge anzubringen, aus denen die jeweilige verantwortliche Aufsichtsperson, die zugelassene Waffen- und Munitionsart und die aktuellen Sicherheitsbestimmungen (Schießstandordnung) hervorgehen.
18. Es sind folgende allgemeinen Sicherheitsauflagen für Schießstände ebenfalls zu beachten:
 - Waffen dürfen nicht auf Stühlen oder Bänken, sondern nur auf dem Schießtisch abgelegt werden.
 - Bei Störungen dürfen die Schießbahnen erst betreten werden, wenn das Schießen auf beiden Bahnen vorher eingestellt worden ist und alle Waffen entladen bzw. abgeschossen worden sind.
 - Unbeschadet anderer Forderungen ist in dem Schießstand ein Verbandskasten bereitzuhalten.

- Der Erlaubnisinhaber (Betreiber) ist verpflichtet, den Schießstand mit allen Sicherungseinrichtungen laufend auf einen ordnungsgemäßen Zustand hin zu überprüfen. Eventuelle Schäden an den Sicherungseinrichtungen sind unverzüglich zu beheben.
- Jede wesentliche Änderung in der Beschaffenheit oder der Art der Nutzung der ortsveränderlichen Schießstätte bedarf der erneuten Erlaubnis.

19. Scheidet die benannte verantwortliche Person,

Herr Jörg BROKAMP, geb. 02.02.1967 in Warendorf,
wohnhaft: Feldbergstr. 26 in 65232 Taunusstein,

aus oder liegen in der Person nicht mehr alle Voraussetzungen nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 WaffG vor, so ist sie verpflichtet dies der zuständigen Behörde unverzüglich mitzuteilen und innerhalb von zwei Wochen eine neue verantwortliche Person zu benennen. Erfolgt diese Benennung nicht innerhalb der zwei Wochen, so ist diese Erlaubnis gem. § 27 Abs. 1 Satz 3 in Verbindung mit § 10 Abs. 2 Satz 2 bis 5 WaffG, kostenpflichtig zu widerrufen.

20. Die Aufnahme und die Beendigung des Betriebes der Schießstätte ist der jeweils örtlichen zuständigen Behörde gem. § 27 Abs. 1 Satz 6 WaffG zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.

21. Die Schießanlage ist alle **sechs Jahre** von einem öffentlich bestellten und vereidigten Schießstandsachverständigen überprüfen zu lassen. Der Behörde ist Gelegenheit zu geben an der Überprüfung teilzunehmen, weiterhin ist der Erlaubniserteilenden Behörde unaufgefordert das entsprechende Gutachten vorzulegen, welches die Grundlage für das Fortbestehen der Erlaubnis bildet.

Die Erlaubnis erlischt, sofern der Behörde kein entsprechendes Gutachten vorgelegt wird.

Die Behörde bestätigt dann die weitere Gültigkeit der Genehmigung und erweitert ggf. die bestehenden Auflagen.

Sollten bei den gesetzlich festgelegten, regelmäßig stattfindenden Überprüfungen der Schießanlage durch einen Schießstandsachverständigen Mängel festgestellt werden, so sind diese unverzüglich zu beseitigen.

Die Auflagenvorschläge in Punkt 6.1 des Schießstandsachverständigen werden ebenfalls Bestandteil dieser Verfügung und sind somit Voraussetzung für den weiteren Betrieb der Schießstätte.

Das Gutachten des Schießstandsachverständigen Herrn Dieter Stiefel vom 30.04.2015 ist Grundlage und Bestandteil dieser Verfügung.

Weiterhin behalte ich mir vor, bei Bedarf weitere Auflagen für den Betrieb der Schießstätte anzuordnen.

Hinweis: Der nächste Prüftermin ist bis spätestens Mai 2022 durchzuführen.

Kostenentscheidung:

Nach § 50 WaffG werden für Amtshandlungen, Prüfungen und Untersuchungen nach diesem Gesetz und nach den auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsvorschriften Kosten (Gebühren

und Auslagen) erhoben. Der Bund hat die Zuständigkeit zur Gebührenregelung im Waffenrecht durch die Änderung des § 50 WaffG an die Länder abgegeben.

Eigene landesrechtliche Kostenregelungen wurden durch die neuen Gebührentatbestände für waffenrechtliche Amtshandlungen in der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und für Sport (VwKostO-MdIS vom 7. Juni 2013) geschaffen.

Nach Nr. 732 der VwKostO-MdIS ist für die Regel- oder Sonderprüfung einer Schießstätte nach § 27 WaffG in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 bis 4 AWaffV, eine Gebühr i. H. v. 100,00 bis 500,00 Euro zu erheben.

In Ihrem Fall schöpfe ich den gesetzlich möglichen Gebührenrahmen nicht aus, sondern setze die **Gebühr auf 250,00 Euro** fest. Dies geschieht auch im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit zwischen der waffenrechtlichen Erlaubnis und dem Arbeitsaufwand der Sachbearbeitung hierfür.

Die Zahlungsaufforderung geht Ihnen noch mit separater Post zu.

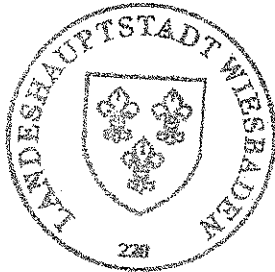
Rechtsbehelfsbelehrung:

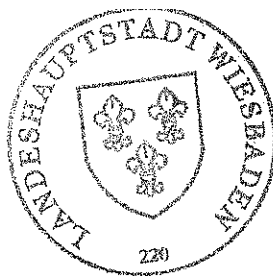
Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Wiesbaden, Allgemeine Ordnungsbehörde - Ordnungsamt, Alcide - de - Gasperi - Str. 2, (Gebäude 10003), 65197 Wiesbaden schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

Hochachtungsvoll

Im Auftrag

Lanio





Ing. Dieter Stiefel

von der Regierung von Oberbayern
öffentlich bestellter und beeidigter
Sachverständiger für die Sicherheit
von nichtmilitärischen Schießanlagen

Pfaffenhofen, den 30.04.2016

Am Rain 3
85276 Pfaffenhofen
Tel.: 08441/ 71053
Mail: Stiefel.PAF@online.de

Gutachten

über die sicherheitstechnische Regelüberprüfung einer ortsveränderlichen Schießstätte des Deutschen Schützenbundes e.V. (DSB)

Auftraggeber:

Deutscher Schützenbund e.V.
Lahnstr. 120

65195 Wiesbaden

Art der Schießstätte:

ortsveränderliche Schießstätte
aufblasbarer mobiler Schießstand aus
Delinova® - Gewebe Typ 200
System Müller, Marsberg

zuständige Behörde:

Landeshauptstadt Wiesbaden – Amt 31
Postfach 3920
65029 Wiesbaden

verantwortlicher Betreiber:

DSB - Bundesgeschäftsführer
Jörg Brokamp
Lahnstr. 120
65195 Wiesbaden

Datum der Auftragserteilung:

E- Mail vom 05. April 2016

Datum der Besichtigung:

29. April 2016

Datum der Erstellung des Gutachtens: 30. April 2016

Das Gutachten besteht aus -23- Seiten mit drei Anlagen.

GUTACHTEN

zur sicherheitstechnischen Überprüfung eines ortsveränderlichen aufblasbaren
Schießstandes des DSB durch den Unterzeichner am 29.04.2016

Inhaltsverzeichnis:

1.	Allgemeines	Seite 3
2.	Grundlagen des Gutachtens	Seite 3
2.1	gesetzliche Grundlagen	Seite 3
2.2	technische Grundlagen	Seite 3
3.	Beschreibung der mobilen Schießstätte	Seite 5
3.1	Allgemeines	Seite 5
3.2	Abmessungen	Seite 5
3.3	äußere Sicherheit	Seite 7
3.4	Ziele	Seite 9
3.5	Schießtisch (Brüstung)	Seite 11
3.6	zulässige Waffen- und Geschossarten	Seite 12
3.7	Aushänge	Seite 13
4.	grundsätzliche Feststellungen	Seite 13
5.	Ergebnis der Überprüfung	Seite 15
6.	Auflagen	Seite 16
6.1	sicherheitsbezogene Auflagen	Seite 16
6.2	anlagenbezogene Auflagen	Seite 17
6.3	zugelassene Waffen- und Geschossarten	Seite 18
6.4	Auflagen für Bedienungspersonen	Seite 20
6.5	allgemeine Auflagen für Schießstätten	Seite 21

Anlagen

Hinweis.

Das Gutachten wurde dem DSB als PDF – Datei zugeleitet; diese ist für den Betreiber und die Weitergabe an die Erlaubnisbehörde bestimmt. Eine Weitergabe des Gutachtens - auch auszugsweise - an Dritte ist nicht zulässig bzw. Bedarf der Zustimmung des Unterzeichners.

1. Allgemeines

Gemäß Auftrag des DSB wurden am 29.04.2016 auf der Gelände der Geschäftsstelle in 65195 Wiesbaden, Lahnstr. 120, ein aufblasbarer mobiler Schießstand System Müller bezüglich der sicherheitstechnischen sowie der schießtechnischen Anforderungen überprüft.

Bei der Begehung der Schießstätte am 29. April 2016 waren anwesend:

Name	Funktion
Herr Garmeister	als Vertreter des Betreibers
Herr Böhme	Hausmeister
Unterzeichner	als Schießstandsachverständiger

Zu dem mobilen Schießstand wird auf das letzte Gutachten des Unterzeichners vom 18.04.2010 zur Regelüberprüfung bzw. das Erstgutachten vom 31.08.2003 verwiesen.

2. Grundlagen des Gutachtens

2.1 gesetzliche Grundlagen

Für die Beurteilung von Schießstätten gelten die einschlägigen waffengesetzlichen Bestimmungen. Diese sind:

- Waffengesetz (WaffG) i.d.F. vom 24.07.2009 (§ 27 Abs. 1)
- Allgemeine Waffengesetz-Verordnung (AWaffV) vom 24.07.09 (§ 12 Abs. 1)
- Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum WaffG (WaffVwV) vom 05.03.2012.

2.2 technische Grundlagen

Die sicherheitstechnischen Anforderungen, die aktuell an Schießstätten zu stellen sind, ergeben sich nach § 12 Abs. 3 AWaffV i.d.F. vom 26.03.2008 aus den „Richtlinien für die Errichtung, die Abnahme und das Betreiben von Schießständen“ (Schießstandrichtlinien = SRL), die vom Bundesminister des Innern erstellt werden und am 23.10.2012 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurden bzw. mit der Tag der Bekanntmachung in Kraft getreten sind.

Bau- oder sonstige ordnungsrechtliche Bestimmungen werden in diesem Gutachten nicht ausdrücklich berücksichtigt. Das Gutachten enthält keine Aussagen hinsichtlich der Statik, der Baukonstruktion, der Bauphysik sowie des allgemeinen Brand - und Arbeitsschutzes. Es werden ausschließlich anlagen- bzw. schießstandbezogene sicherheitstechnische Belange überprüft.

Hinweis: Nachdem es sich bei der gegenständlichen Schießstätte um eine ortsveränderliche Schießstätte zum Schießen mit Schusswaffen zur Belustigung handelt, sind nach Auffassung des Unterzeichners zumindest im Hinblick auf verschiedene materielle Anforderungen analog der Vorgaben bei Schießgeschäften neben den o.a. aktuellen SRL - Nr. 6.5 "Schießstände zum Schießen zur Belustigung" - folgende einschlägige Vorschrift bei der sicherheitstechnischen Beurteilung zu berücksichtigen:

Vollzug der Hessischen Bauordnung – „Muster - Richtlinie für den Bau und Betrieb fliegender Bauten (M -FIBauR) Fassung Juni 2010, Ziff. 7.8 „Schießgeschäfte“ – siehe StAnz. Hessen Nr. 7, S. 301, vom 12.02.2013.

3. Beschreibung der Schießstandes

3.1 Allgemeines

Die transportable (ortsveränderliche) Schießstätte besteht aus einem mittels Gebläse aufblasbaren zeltähnlichem Gehäuse mit torbogenförmigen Profil. Die Stabilität der Anlage wird durch die aufgeblasenen runden textilen Elemente gewonnen, die einen Durchmesser von etwa 70 cm aufweisen. Die Felder zwischen den Runderlementen werden durch textilies Spezialgewebe (Delinova® 200 - siehe Produktblatt in der Anlage) abgedeckt.



Bild 1: Übersichtsaufnahme der Schießstätte im Betrieb

Aufgrund seiner bestimmungsgemäßen Nutzung handelt es sich um eine ortsveränderliche Schießstätte zum Schießen mit Schußwaffen zur Belustigung bzw. zur Durchführung von sonstigen Schießübungen mit Schußwaffen (siehe Definition einer Schießstätte nach § 27 Abs.1 WaffG).

Die Anlage ist bauartbedingt dazu bestimmt und geeignet, an verschiedenen Orten wiederholt aufgestellt und „zerlegt“ d.h. durch Ablassen der Luft für einen einfacheren Transport zusammengelegt zu werden (= ortsveränderliche Schießstätte)

Zum Aufblasen der Rundelemente dient ein Gebläse, die hinten auf an entsprechenden Einlassstutzen angeschlossen wird. Während des Betriebs der Schießstätte bzw. der Anlage muss das Gebläse ständig in Betrieb sein.

Auf der Schießstätte soll mit Druckluft-, Federdruckwaffen und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase Verwendung finden, (Definition nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2.9 zum WaffG – weiterhin kurz als DL - Waffen bezeichnet) als Lang- und Kurzwaffen mit entsprechenden Bleiprojektilen (bei einer Bewegungsenergie der Geschosse unter 7,5 Joule) und mit Armbrust (tragbarer Gegenstand, bei dem bestimmungsgemäß feste Körper gezielt verschossen werden, deren Antriebsenergie durch Muskelkraft eingebracht und durch eine Sperrvorrichtung gespeichert werden kann nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.2.2 zum WaffG) sowie mit Pfeil und Bogen (unterliegt nicht dem WaffG und scheint deshalb auch nicht in der waffenrechtlichen Betriebserlaubnis auf) geschossen werden.

3.2 Abmessungen

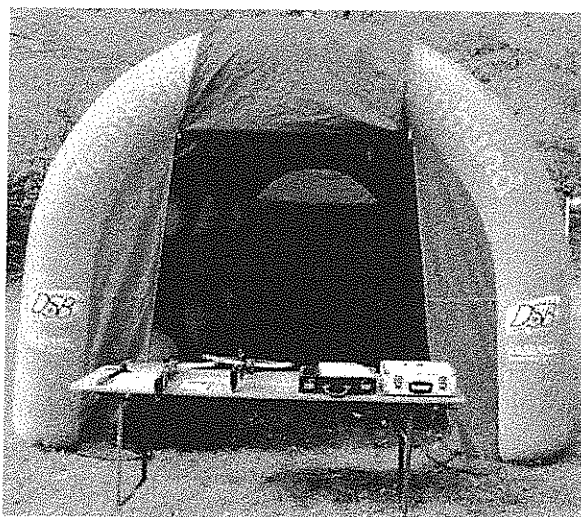


Bild 2: Schützenstand mit Ablage

Die Abmessungen sind bereits in den Vorgutachten mitgeteilt worden, sodass darauf insofern Bezug genommen mit.

Die lichte Breite erlaubt eine Nutzung von maximal 2 Schützenpositionen. Somit ist beim Schießen grundsätzlich eine (-1-) Aufsicht bzw. Bedienungs-person ausreichend.

Gemäß Nr. 7.8 a) der M –FIBauR Hessen haben die Bedienungspersonen (Aufsichtspersonen) in der Regel nicht mehr als zwei, bei Kindern nur einen Schützen zu bedienen.

Als Brüstung dient bei Bedarf ein transportabler (Bier-)Tisch, der 80 cm hoch und oben 50 breit ist. Der Tisch muss aber - entgegen der Darstellung auf Bild 2 - näher in den Schießraum gestellt werden, sodass sich beim Laden die Mündung der Waffen bzw. Vorderseite der Armbrüste innerhalb des ersten „Torbogens“ befinden. Neben der Brüstung sollte ein schmaler Durchgang zum Betreten der Schießbahn durch die Aufsichtsperson verbleiben. Ansonsten ist seitlich und hinter den Schützen eine Abschränkung /Absperrung mit Flatterband gegen ein unbeabsichtigtes Betreten des gefährlichen Bereiches vorzusehen.

Die festgestellten Abmessungen entsprechen, soweit solche überhaupt vorgegeben sind, sicherheitstechnischen Vorschriften und Anforderungen.

3.3 Äußere Sicherheit

Die Umfassung des Schießstandes besteht aus einem textilen Material, dass gemäß Hersteller in dem in der Anlage vorgelegten Produktdatenblatt als „Delinova® 200“ bezeichnet wird (siehe Anlage 1).

Da die Seitenwände nicht immer plan auf dem Boden aufsitzen, befindet sich innen vorne in Schussrichtung gesehen eine Bodenplane; auf diese Weise wird in diesem Bereich die äußere Sicherheit gewährleistet.

Hinweis: Ohne diese Bodenabdeckung darf die Schießstätte nicht betrieben werden.

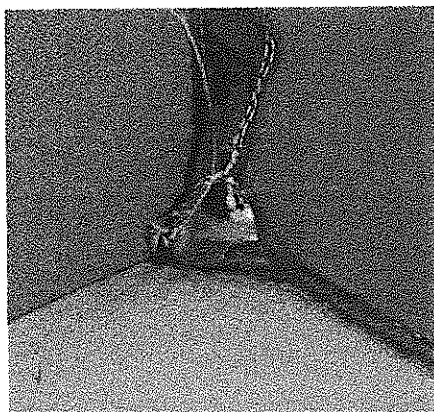
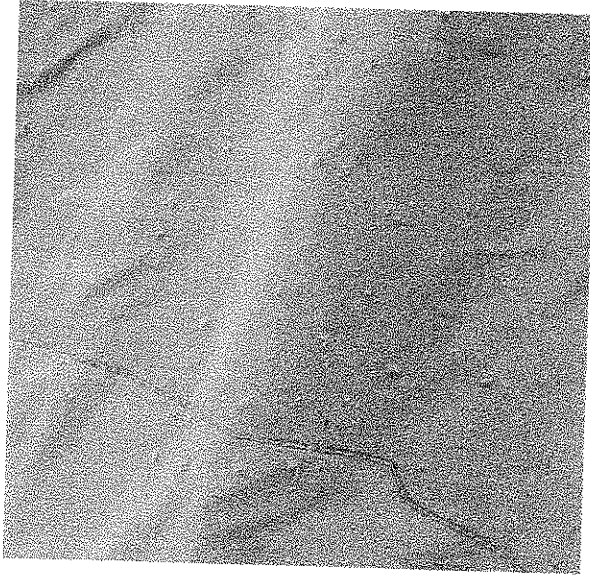


Bild 3: Öffnung

Die Verschlüsse der Seitenteile müssen während des Schießens regelmäßig auf korrekten Sitz geprüft bzw. gegebenenfalls wieder fest zusammengedrückt werden. Bei der Begehung am 29.04.16 wurde eine kleine Öffnung festgestellt. Die Enden könnten auch mit Gewebeklebeband verbunden werden. Die Überprüfung der Abdeckung ist als Betriebsauflage formuliert.

Die Abschlusswand (Rückwand) besteht aus dem bereits genannten textilen Gewebe, das bisher grundsätzlich für eine Belastung durch einzelne Geschosse bzw. Bolzen als durchschusssicher - auch aufgrund eigener Schießversuche - einzustufen war. Bei der Besichtigung am 29.04.2016 ist nun festzustellen, dass die Rückwand multiple Perforierungen aufweist.



Diese Durchsetzungen dürften auf eine Nutzung mit leistungsstärkeren DL – Waffen, eventuell als stärkere Druckgaswaffen, zurückzuführen sein.

Auch ist denkbar, dass das Gewebe durch Alterung eine Verminderung der Durchschusshemmung erfahren hat. Auf jeden Fall kann die Rückwand allein nicht mehr als Abschluss der Schießbahn dienen.

Bild 4: Durchsetzungen der Rück(Abschluss-)wand

Nach Nr. 6.5.3.1 der SRL muss die Rückwand eines Schießraumes senkrecht sein und aus mindestens 1,5 mm dickem Stahlblech (eventuell mit Hinterfütterung und/oder davor abgehängten Stoffbahnen etc.) bestehen. Aus Gründen des einfachen Zusammenlegens zu Transportzwecken kann hier eine Abweichung unter Hinweis auf Ziff. 1.6 der SRL akzeptiert werden.

Grundsätzlich sollte der Schießstand so aufgestellt werden, dass sich hinter der Rückwand keine Personen befinden; vorzugsweise ist ein Aufstellen vor einer Hauswand etc. vorzusehen. Die Abschlusswand ist aber keinesfalls mehr auf eine punktförmige Belastung ausgelegt, so dass vor der Plane nicht nur jeweils ein Geschossfangsystem bzw. ein Bolzenfang vorgesehen werden muss, sondern auch eine zusätzliches Bolzen- bzw. Pfeilfangnetz bei Armbrust sowie Bogen und bei DL-Waffen eine vollflächige textile Abhängung mit einem doppellagigen Geotextil (z.B. <http://www.naue.com/de/produkte/secutexr.html>).

Dieses Geotextil muss vor der Anbringung mit Druckgaswaffen auf seine Durchschusshemmung geprüft werden muss.

Weiterhin ist es erforderlich, auf der Rückseite des Schießstandes (Rückseite „Abschlusswand“ – siehe Bild 4) zwischen dem Wulst eine zweite Lage des Zeltstoffes dauerhaft anzubringen, um zukünftig die äußere Sicherheit zu gewährleisten. Vor dieser Nachbesserung darf die Schießstätte aus sicherheitstechnischer Sicht mit DL – Waffen nicht genutzt werden.

3.4 Ziele

Bei der Nutzung mit Armbrust findet ein Holzrahmengestell mit einer dünnen Sperrholzplatte zum Anbringen der Scheiben Verwendung (siehe Bild 5). Dieses Holzgestell darf bei einer Nutzung mit DL - Waffen nicht verwendet werden, weil an Holzwerkstoffen die Schützen gefährdende Geschossrückpraller entstehen können. Dies haben am 29.04.2016 durchgeführte Schießversuche belegt (siehe auch Nr. 3.1.3 der SRL).

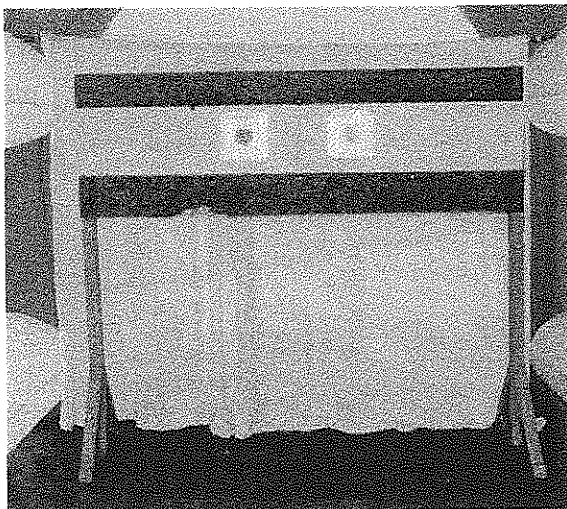


Bild 5: Ansicht innen mit Schießbahnabschluss

Ober- und unterhalb der dünnen zur Scheibenaufnahme bestimmten Sperrholzplatte befinden sich Bekleidungen mit Weichfasermatten, die mit Schrauben befestigt werden (siehe Bild 6).

Die Metallteile führen beim Auftreffen von Bolzen zu deren Deformation und unkontrolliertem Abprallen (siehe auch Gutachten vom 18.04.2010).

Aus diesem Grund sind diese Befestigungen zu entfernen. Eine Anbringung der Weichfaserplatten kann mittels Klebung oder durch schmale von der Rückseite verschraubte Holzleisten erfolgen.

Weiterhin sind die Weichfaser – Dämmplatten stark zerschossen (siehe Bild 6) und müssen unverzüglich erneuert werden.

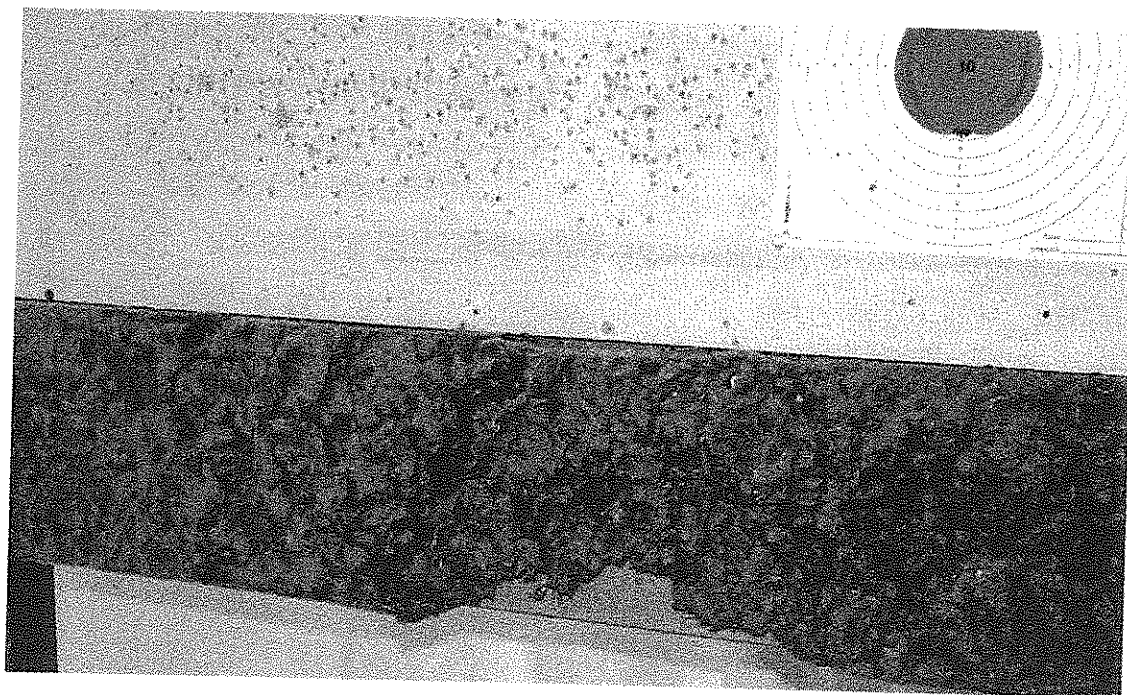
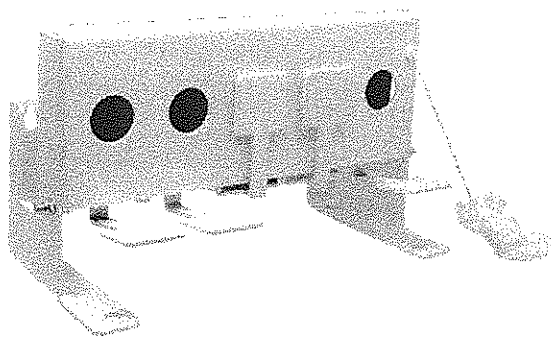


Bild 6: zerschossene Weichfaser –Dämmplatten mit freiliegenden Schrauben

Für eine „holzfreie“ Nutzung mit DL - Waffen ist noch ein geeignetes möglichst handelsübliches Scheibensystem vom Betreiber bereitzustellen.



Hier werden handelsübliche Stahlklappscheibenanlagen empfohlen, die auf Metallständern montiert und vor dem Schießbahnabschluss aufgestellt werden können.

Das Bild 7 links zeigt eine solche im Freizeitbereich verwendbare Anlage.

Bild 7: Stahlklappscheibenanlage – Bild „4komma5“

Wie bereits oben ausgeführt ist bei einer Nutzung mit DL-Waffen eine vollflächige textile Abhängung mit einem doppellagigen Geotextil erforderlich. Ohne eine solche Abdeckung darf auch nach Nachbesserung der Abschlusswand der Schießstand nicht mit DL – Waffen betrieben werden.

Eventuelle elektrische Leitungen z.B. für die Scheibenbeleuchtung sind ausserhalb des Schießstandes zu verlegen und müssen innerhalb der Schießbahn so geführt oder durchschusssicher abgedeckt werden, dass sie von direkten Schüssen nicht getroffen bzw. beschädigt werden können.

3.4 Schießtisch (Brüstung)

Bei der Besichtigung am 29.04.2016 wurde die Anlage mit Brüstung (Biertisch) aufgestellt. Diese muss so in den Schießraum gestellt werden, sodass sich beim Laden die Mündung der Waffen bzw. Vorderseite der Armbrüste innerhalb des ersten „Torbogens“ befinden bzw. nicht seitlich neben die Anlage geschwenkt werden können.

Schießtische sollen gemäß Nr. 6.5.3.4 der SRL oben auf der Ablagefläche zwischen 40 und 75 cm breit und etwa 70 bis 80 cm hoch sein. In der gegenständlichen Anlage werden diese Maße eingehalten.

Der Schießtisch bzw. die Brüstung muss sich innen fast über die gesamte lichte Breite erstrecken, so dass ein Betreten der Schießbahn bzw. des Schießraumes nur über einen schmalen Spalt möglich ist. Dieser dient dem Betreten der Schießbahn durch die Aufsichtsperson, um z.B. die Bolzen vom jeweiligen Bolzenfang abziehen. Sobald die Schießbahn betreten werden soll, müssen alle Waffen bzw. Armbrüste abgeschossen sein.

Außerdem sollte außen im Zugangsbereich eine Absperrung (z.B. Bank) vorgesehen werden, damit sich der Bereich zwischen Schießtisch und Zugang als Schützenstand der Anlage deutlich abtrennen lässt. In diesem Bereich dürfen sich nur die jeweiligen Schützen und die Aufsichtsperson bzw. das Bedienungspersonal aufhalten.

In diesem Bereich sind auch die erforderlichen Aushänge vorzusehen bzw. gut sichtbar anzubringen.

3.5 Zulässige Waffen- und Geschossarten

Als Schusswaffen dürfen nur Druckluft-, Federdruckwaffen und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase Verwendung finden, mit einem Kaliber von 4,5 mm eingesetzt werden, bei denen die Bewegungsenergie der handelsüblichen Geschosse nicht mehr als 7,5 Joule beträgt. Es dürfen nur handelsübliche Weichbleigeschosse mit Kelchform (sog. Diabolos) verwendet werden. Insbesondere Federbolzen sind nicht zulässig.

Gemäß Nr. 6.5.2 der SRL sind für das Schießen mit Pistolen und anderen Waffen bis zu einer Länge von 60 cm grundsätzlich am Schießtisch Vorrichtungen anzubringen, die den Schwenkbereich der Kurzwaffen so begrenzen, dass nur in das festgelegte Zielgebiet geschossen werden kann.

Eine solche Vorrichtung ist bei der gegenständlichen Anlage nicht vorhanden. Es bestehen aus sicherheitstechnischer Sicht aber keine Bedenken, wenn durch geeignete Vorrichtungen der dieser oben genannten Forderung zugrundeliegende Sicherheitsaspekt erfüllt wird. Eine solche Vorrichtung könnte z.B. eine etwa 2 m hohe transparente halbkreisförmige Schutzwand sein, vor die sich der Schütze stellen muss und die unter entsprechender Aufsicht nur ein Schießen in Richtung Abschlusswand zulässt. Denkbar ist auch eine Befestigung der Kurzwaffen mittels Kette oder Stahldraht an der Brüstung, durch die der seitliche Schwenkbereich entsprechend begrenzt wird.



Bild 8: verwendete Armbrust „Hobby Tell“

Außerdem wird die Schießstätte mit Armbrust als tragbarer Gegenstand, der nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.2 zum WaffG den Schusswaffen gleichgestellt ist, sowie Bolzen genutzt.

Das Spannen der Armbrüste erfolgt durch die Bedienungspersonen.

3.6 Aushänge, Sonstiges

In einer Schießstätte sind Aushänge vorzusehen, aus denen hervorgehen

- die jeweils verantwortliche Aufsichts(Bedienungs-)person
- die jeweils zulässigen Waffen- und Geschossart
- aktuelle Sicherheitsbestimmungen (Schießordnung).

Die Aushänge sind an gut sichtbarer Stelle im Bereich der Schützenstände zu befestigen.

4. Grundsätzliche Feststellungen

Die gegenständliche Schießstätte ist dazu bestimmt und geeignet, an verschiedenen Orten wiederholt aufgestellt zu werden (ortsveränderliche Schießstätte). Demnach handelt es sich von der Art der Nutzung her um eine Schießstätte, so wie sie in § 27 Abs.1 WaffG definiert ist.

Aufgrund dieser Rechtslage ist damit grundsätzlich eine waffenrechtliche Betriebs-erlaubnis gemäß § 27 Abs.1 WaffG für solche Anlagen, sofern dort mit Schusswaffen und Armbrust geschossen wird (Schießstätte), erforderlich.

Auf dem mobilen Schießstand sollen grundsätzlich Schießveranstaltungen zum Schießen mit Schusswaffen zur Belustigung, Demonstrationsschießen und Übungen zur Geschicklichkeit im Umgang mit Schusswaffen durchgeführt werden. Gleichfalls sollen mit sog. Freizeit - Armbrüsten Schießübungen auf Scheiben unter Verwendung entsprechender Bolzen durchgeführt werden.

Gemäß § 27 Abs. 1 Satz 5 WaffG ist bei ortsveränderlichen Schießstätten eine einmalige Erlaubnis vor der erstmaligen Aufstellung ausreichend. Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich bei ortsveränderlichen Schießstätten aus § 49 Abs. 2 Nr. 3a) WaffG für die Behörde, in deren Bezirk der Betreiber seinen gewöhnlichen

Aufenthalt hat. Dies ist für den Deutschen Schützenbund e.V. die Stadt Wiesbaden.

In § 9 Abs. 1 WaffG wird unter anderem ausgeführt, daß zur Verhütung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung die Erlaubnis der zuständigen Behörde inhaltlich beschränkt werden kann, um Leben und Gesundheit von Menschen gegen die aus dem Umgang mit Schusswaffen oder Munition entstehenden Gefahren und erheblichen Nachteilen zu schützen. Zu den o.a. Zwecken können nach § 9 Abs. 2 WaffG Erlaubnisse mit Auflagen über die Beschaffenheit und Benutzung der Schießanlage verbunden werden; solche Auflagen können auch nachträglich auferlegt werden. Nach § 49 Abs. 2 Nr. 3b) WaffG ist zudem für Auflagen bei ortsveränderlichen Schießstätten grundsätzlich die Behörde örtlich zuständig, in deren Bezirk die Schießstätte aufgestellt werden soll.

Bei in sich geschlossenen ortsveränderlichen Schießstätten, bei denen die äußere Sicherheit unabhängig vom Aufstellungsort gewährleistet ist, ergibt sich nach Auffassung des Unterzeichners keine Notwendigkeit, generell zusätzliche Auflagen i.S.d. § 49 Abs. 2 Nr. 3b) WaffG vorzusehen. In der Betriebserlaubnis sind die notwendigen Auflagen für einen sicheren Betrieb zu formulieren, die dem Schutzzweck des § 9 Abs. 1 WaffG entsprechen und Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung unterbinden.

Es ist noch darauf hinzuweisen, dass gemäß § 27 Abs. 1 Satz 6 WaffG der Inhaber einer Erlaubnis zum Betreiben einer ortsveränderlichen die Aufnahme und die Beendigung des Betriebs der Schießstätte der zuständigen Behörde vierzehn Tage vorher schriftlich anzuzeigen hat.

Der Deutsche Schützenbund e.V. hat der zuständigen Behörde gegenüber einen verantwortlichen Betreiber zu benennen (natürliche Person). Gemäß § 27 Abs. 1 Satz 3 WaffG gilt § 10 Abs. 2 Satz 2 bis 5 WaffG entsprechend.

Dies bedeutet, dass eine waffenrechtliche Betriebserlaubnis für eine Schießstätte auch einem schießsportlichen Verein als juristische Person erteilt werden kann.

Die Erlaubnis ist dann mit der Auflage zu verbinden, dass der Verein der Behörde eine verantwortliche Person zu benennen hat, für die die Voraussetzungen nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 WaffG nachgewiesen sind. Diese benannte Person muss nicht vertretungsberechtigtes Organ des Vereins sein.

Gemäß § 27 Abs. 6 WaffG darf an ortsveränderlichen Schießstätten, die dem Schießen zur Belustigung dienen, von einer verantwortlichen Person Minderjährigen das Schießen mit DL - Waffen gestattet werden. Bei Kindern hat der Betreiber sicherzustellen, dass die verantwortliche Aufsichtsperson in jedem Fall nur einen Schützen bedient.

Gemäß Nr. 27.4.2.3 WaffVwV können Ausnahmen von Altersefordernissen nach § 3 Abs. 3 WaffG nicht nur personenbezogen, sondern auch veranstaltungsbezogen (z. B. zur Durchführung von so genannten „Schnupper“-Tagen oder zur Durchführung eines Projekts der schießsportlichen Früherziehung mit DL - Waffen) erteilt werden. Für den Umgang mit Armbrüsten auf Schießstätten gelten die Altersgrenzen nach § 27 Abs. 3 WaffG für DL - Waffen (12 Jahre, mit Ausnahmemöglichkeit) entsprechend.

Hinsichtlich der verantwortlichen Aufsichtspersonen bei ortsveränderlichen Schießstätten i.S.d. § 27 Abs. 6 WaffG wird auf § 10 Abs. 7 AWaffV verwiesen.

5. Ergebnis der Überprüfung

Die Überprüfung der Schießstätte durch den Unterzeichner am 29.04.2016 hat ergeben, dass die Anlage wie besichtigt Mängel aufweist.

Gegen das weitere Betreiben des transportablen Schießstandes als ortsveränderliche Schießstätte auf der Grundlage einer Erlaubnis gemäß § 27 Abs.1 WaffG bestehen - unter Beachtung der in Pkt. 6.1 des Gutachtens genannten Auflagen-vorschläge - aus sicherheitstechnischer Sicht keine Bedenken.

Beim Aufstellen an verschiedenen Orten ist darauf zu achten, dass die Vorgaben dieses Gutachtens eingehalten werden. Vor der Abschlusswand muss immer ein auf die verwendete Waffenart bzw. für diese bestimmte Geschosse (Bolzen) angepasstes zulässiges Geschosssfangsystem und zusätzlich eine mind. 2 m hohe Abdeckung als Bolzen- bzw. Pfeilfang oder bei DL-Waffen eine vollflächige textile Abhängung mit einem doppellagigen Geotextil (siehe Seite 8/9 des GA) vorgesehen werden.

Dieses Gutachten gilt nur für den Betrieb der Anlage im dokumentierten Zustand zum Zeitpunkt der Ortsbesichtigung. Sie wird ungültig, sofern an der Schießstätte bauliche Veränderungen (mit Ausnahme von Maßnahmen zur Mängelbeseitigung) vorgenommen, die Art der zulässigen Ziele oder deren Positionen verändert sowie andere Waffenarten oder Geschosse verwendet werden.

6. Auflagen

6.1 Sicherheitsbezogene Auflagen

Für eine Erlaubniserteilung bzw. ein Weiterbetreiben des am 29.04.2016 beurteilten transportablen Schießstandes werden aus sicherheitstechnischer Sicht der örtlich zuständigen Behörde folgende Auflagen vorgeschlagen:

6.1.1 Beim Aufstellen des transportablen Schießstandes sind die Vorgaben dieses Gutachtens zu beachten. Weitere sicherheitstechnische Auflagen bezogen auf den jeweiligen Aufstellungsort sind nicht erforderlich.

6.1.2 Auf der Rückseite des Schießstandes (Rückseite „Abschlusswand“ – siehe Bild 4) zwischen dem Wulst ist eine zweite Lage des Zeltstoffes dauerhaft anzubringen, um zukünftig die äußere Sicherheit zu gewährleisten. Vor dieser Nachbesserung darf die Schießstätte aus sicherheitstechnischer Sicht nicht mit DL – Waffen genutzt werden.

6.1.3 Vor der Plane des Schießbahnabschlusses ist innen zusätzlich eine mind. zwei Meter hohe Abdeckung als Bolzen- bzw. Pfeilfang oder bei DL-Waffen eine vollflächige textile Abhängung mit einem doppelagigen Geotextil vorzusehen.

6.1.4 Die Brüstung (Schießtisch) muss so in den Schießraum gestellt werden, dass sich beim Laden die Mündung der Waffen bzw. Vorderseite der Armbrüste innerhalb des Schießraums befinden.

6.1.5 Die Weichfaser - Dämmplatten an dem Holzgestell zur Armbrust - Nutzung müssen erneuert werden. Eine Anbringung der Weichfaserplatten soll mittels Klebung oder durch schmale von der Rückseite verschraubte Holzleisten erfolgen.

6.1.6 Hinter den Schützenständen muss eine Absperrung zum Zuschauerbereich vorhanden sein.

6.1.7 Beim Schießen mit Armbrust muss bei Minderjährigen das Spannen des Bogens und das Einlegen des Bolzens immer durch die verantwortliche Aufsichtsperson erfolgen.

6.1.8 Der Schwenkbereich von Kurzwaffen (unter 60 cm Gesamtlänge) ist bei deren Verwendung analog Nr. 6.5.2 der SRL durch geeignete Maßnahmen zu begrenzen.

Insbesondere muss durch bauliche Lösungen (siehe S. 12 des GA) ausgeschlossen werden, dass sich ein Schütze mit geladener Kurzwaffe umdrehen und nach hinten aus der Anlage herausschießen kann.

6.2 Anlagenbezogene Auflagen

6.2.1 Es darf auf maximal zwei (2) Schützenpositionen geschossen werden.

- 6.2.2 Es darf nur im stehenden Anschlag geschossen werden. Die vorgegebenen Schützenpositionen hinter der Brüstung sind einzuhalten.
- 6.2.3 Es darf nur mit den zugelassenen Waffen und Projektilen geschossen werden. Die zugelassenen Waffen- und Geschossarten sind den jeweiligen Aufsichtspersonen und Nutzern auf geeignete Weise, vorzugsweise durch einen deutlich sichtbaren Aushang, bekanntzugeben.
- 6.2.4 Der Schütze ist durch einen augenfälligen Anschlag sowie durch persönliche Ansprache darauf hinzuweisen, dass erst dann geschossen werden darf, wenn niemand, insbesondere keine Bedienungs- bzw. Aufsichtsperson, gefährdet ist.
- 6.2.5 Die Schießbahnen dürfen z.B. bei Störungen der Scheibensysteme erst dann auf Weisung der Aufsichtspersonen betreten werden, wenn alle genutzten Waffen abgeschossen und abgelegt worden sind.
- 6.2.6 Während des Schießens dürfen sich unbeteiligte Personen nicht im Bereich des Schützenstandes (Bereich zwischen Brüstung und rückwärtiger Absperrung) aufhalten; es dürfen sich hier nur die Schützen und die verantwortliche Aufsichtsperson bzw. Bedienungsperson befinden.
- 6.2.7 Die Aufsichtsperson hat insbesondere dafür zu sorgen, dass die anwesenden Schützen durch ihr Verhalten keine vermeidbaren Gefahren verursachen und die Betriebsanweisungen eingehalten werden.

6.3 Zugelassene Waffen- und Geschossarten, Ziele

Die zugelassenen Waffen- und Geschossarten, die in der gegenständlichen Schießstätte genutzt werden dürfen, lassen sich wie folgt definieren:

6.3.1 Es darf nur mit folgenden zugelassenen Waffen- und Geschossarten geschossen werden:

- a) "Druckluft-, Federdruckwaffen und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase Verwendung finden (nach Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Nr. 2.9 zum WaffG) bis zu einer Bewegungsenergie der Geschosse von nicht mehr als **7,5 Joule**."

Es dürfen nur handelsübliche Kelchgeschosse im Kaliber 4,5 mm aus Weichblei Verwendung finden.

- b) "Armbrust"

als tragbarer Gegenstand gemäß Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.2.2 zum WaffG.

Es sind vorzugsweise Armbrüste des Fabrikats „Walther“ Modell „Hobby Tell“ zu verwenden, bei denen die maximale Bewegungsenergie der Bolzen deutlich unter 7,5 Joule liegt.

Hinweis: Beim Schießen mit Armbrust müssen entsprechende bzw. geeignete Vorrichtungen zum Auffangen der Bolzen verwendet werden.

6.3.2 Bogen

Pfeil und Bogen unterliegen nicht dem WaffG und scheinen deshalb auch nicht in der waffenrechtlichen Betriebserlaubnis auf.

Aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit des mobilen Schießstandes z.B. zum Schutz der Textilumschließung vor Beschädigungen sowie der Nutzer wird darauf hingewiesen, dass beim Schießen mit Pfeil und Bogen ebenfalls geeignete Vorrichtungen zum Auffangen der Pfeile verwendet werden müssen. Die Verwendung von Compoundbögen ist untersagt, Recurvebögen dürfen nur mit einer maximalen Zugkraft von 20 lbs genutzt werden.

6.4 Grundsätzliche Auflagen für Bedienungspersonen

Da die Anlage im Hinblick auf ihre spezielle Nutzung sicherheitstechnisch aus der Sicht des Unterzeichners als ortsveränderliche Schießstätte zum Schießen mit Schusswaffen zur Belustigung in der Art eines Schießgeschäftes angesehen wird, sind neben den waffenrechtlichen Vorgaben auch die Vorschriften für Bedienungspersonen aus den Richtlinien für fliegende Bauten maßgeblich. Der Betreiber (Erlaubnisinhaber) oder eine von ihm beauftragte verantwortliche Aufsichtspersonen müssen demnach während des Betriebes die Aufsicht führen und für die Einhaltung der Betriebsvorschriften sorgen.

Hinsichtlich der Anforderungen an die verantwortlichen Aufsichtspersonen wird auf § 10 und § 11 der Allgemeinen Waffengesetz – Verordnung (AwaffV) hingewiesen. Außerdem muss § 27 Abs. 6 WaffG beim Schießen von Minderjährigen beachtet werden.

Auf die folgenden grundsätzlichen Vorschriften für Bedienungspersonen aus den Richtlinien für fliegende Bauten wird hingewiesen:

Die Bedienungspersonen (Aufsichten) haben

- 6.4.1 unzuverlässig scheinenden Personen (z.B. Angetrunkenen) das Schießen zu untersagen;
- 6.4.2 je Person nicht mehr als jeweils zwei Schützen, bei Kindern in jedem Fall nur einen Schützen zu bedienen;
- 6.4.3 die Waffen erst dann zu laden, wenn der Schütze jeweils an den Schießtisch herangetreten ist; die Mündung bzw. die Armbrust ist hierbei vom Schützen abgekehrt und bei der Übergabe in Richtung Abschlusswand zu halten;
- 6.4.4 geladene Waffen, mit denen nicht sofort geschossen wird, umgehend zu entladen;

6.4.5 Lade- und Abschusshemmungen sowie im Lauf steckengebliebene Geschosse sofort zu beseitigen; gelingt dies nicht, sind die Waffen sicher zu verwahren;

6.4.6 die Geschosse während des Schießbetriebes so zu verwahren, dass sie dem unbefugten Zugriff entzogen sind;

6.4.7 den Platz am Schießtisch (Brüstung) während des Schießbetriebes beizubehalten.

6.4.8 Die Aufsichtsperson hat dafür zu sorgen, dass Waffen und Geschosse (Bolzen) nach Betriebsschluss sicher verwahrt werden.

6.4.9 Die Aufsicht darf während der Aufsichtstätigkeit nicht am Schießbetrieb teilnehmen.

6.4.10 Jede Änderung in der Beschaffenheit der Anlage und in der Art der Nutzung bedarf der erneuten sicherheitstechnischen Beurteilung.

Die oben ausgeführten Sicherheitsregeln gelten für das Schießen mit Druckluft-, Federdruckwaffen und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase Verwendung finden. Beim Schießen mit Armbrust sind folgende angepasste Sicherheitsregeln zu beachten:

Die Aufsichtspersonen haben

(6.4.1 und 6.4.2 als 6.4.1 a) und 6.4.2 a) textlich unverändert)

6.4.3 a) die Armbrust erst dann zu spannen, wenn der Schütze jeweils an den Schießtisch herangetreten ist; die Armbrust ist hierbei vom Schützen abgekehrt und bei der Übergabe in Richtung Abschlusswand zu halten;

6.4.4 a) den Bolzen erst unmittelbar vor der Schussabgabe einzulegen und

bei einer mit Bolzen bestückte Armbrust, mit der nicht sofort geschossen wird, umgehend den Bolzen zu entnehmen;

6.4.5 a) Abschusshemmungen sofort zu beseitigen; gelingt dies nicht, sind die Armbrüste mit dem Spannhebel zu entspannen;

6.4.6 a) die Bolzen während des Schießbetriebes so zu verwahren, dass sie dem unbefugten Zugriff entzogen sind;

6.4.7 bis 6.4.10 als 6.4.7 a) bis 6.4.10 a) textlich unverändert.

Der Betreiber hat eine Betriebsanweisung (Schießstandordnung) aufzustellen, die in der Anlage an gut sichtbarer Stelle auszuhängen und den jeweiligen Bedienungspersonen in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen ist.

6.5 Allgemeine Auflagen zu Schießstätten

Auf die folgenden allgemeinen Sicherheitsauflagen für Schießstände wird hingewiesen; diese sind ebenfalls inhaltlich zu beachten:

6.5.1 Auf den genehmigten Schießbahnen darf nur mit den für diese zugelassenen Waffen- und Geschossarten geschossen werden. Ein entsprechender Aushang wie unter Nr. 4.3 dieses Gutachtens definiert ist an gut sichtbaren Stellen im Schützenstand auszuhängen.

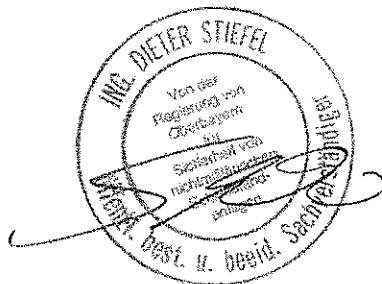
6.5.2 Außerdem muss eine Benutzungsordnung (Schießstandordnung) an gut sichtbarer Stelle aufgehängt sein.

6.5.3 Es darf nur unter Aufsicht einer verantwortlichen Aufsichtsperson (Bedienungsperson) geschossen werden, deren Name in der Schießstätte gut sichtbar angeschrieben sein muss. Eine dafür bestimmte Tafel ist

bereitzuhalten. Die Aufsichts(Bedienungs-)personen sind für die Einhaltung aller einschlägigen Vorschriften und Auflagen verantwortlich.

- 6.5.4 Waffen dürfen nicht auf Stühlen oder Bänken, sondern nur auf der Brüstung (Schießtisch) abgelegt werden.
- 6.5.5 Bei Störungen der dürfen die Schießbahnen erst betreten werden, wenn das Schießen auf beiden Bahnen vorher eingestellt worden ist und alle Waffen entladen bzw. abgeschossen worden sind.
- 6.5.6 Der zuständigen Behörde ist ein Nachweis über den gültigen Abschluss einer ausreichenden Haftpflicht- und Unfallversicherung gemäß § 27 Abs. 1 WaffG zu erbringen.
- 6.5.6 Unbeschadet anderer Forderungen ist in dem Schießstand ein Verbandskasten bereitzuhalten.
- 6.5.7 Der Erlaubnisinhaber (Betreiber) ist verpflichtet, den Schießstand mit allen Sicherungseinrichtungen laufend auf einen ordnungsgemäßen Zustand hin zu überprüfen. Eventuelle Schäden an den Sicherungseinrichtungen sind unverzüglich zu beheben.
- 6.5.8 Jede wesentliche Änderung in der Beschaffenheit oder der Art der Nutzung der ortsveränderlichen Schießstätte bedarf der erneuten Erlaubnis.

Für das Gutachten



Anlagen: 2 Merkblätter für Bedienungspersonal

Merkblatt für Bedienungspersonal bzw. Aufsichtspersonen

Hinweise beim Schießen mit Druckluft-, Federdruckwaffen und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase Verwendung finden:

Die Bedienungs(Aufsichts)personen der ortsveränderlichen Schießstätte haben

- unzuverlässig scheinenden Personen (z.B. Angetrunkenen) das Schießen zu untersagen;
- je Bedienungsperson in der Regel nicht mehr als jeweils zwei Schützen, bei Kindern in jedem Fall nur ein Kind zu bedienen;
- die Waffen erst dann zu laden, wenn der Schütze jeweils an den Schießtisch herangetreten ist; die Mündung ist hierbei vom Schützen abgekehrt und bei der Übergabe nach oben zu halten;
- bei selbstladenden Waffen die Sicherungsvorrichtung zu betätigen, wenn eine missbräuchliche Verwendung der Waffe erkennbar wird;
- geladene Waffen, mit denen nicht sofort geschossen wird, umgehend zu entladen und zu entspannen; bei selbstladenden Waffen ist die Sicherungsvorrichtung zu betätigen;
- Lade- und Abschusshemmungen sowie im Lauf steckengebliebene Geschosse sofort zu beseitigen; gelingt dies nicht, sind die Waffen sicher zu verwahren;
- die Geschosse während des Schießens so zu verwahren, daß sie unbefugtem Zugriff entzogen sind;
- den Platz am Schießtisch während des Schießens ständig beizubehalten.

D. Stiefel

04/2016

Anlage 1 b

Merkblatt für Bedienungspersonal bzw. Aufsichtspersonen

Hinweise beim Schießen mit Armbrust

Die Bedienungs(Aufsichts)personen der ortsveränderlichen Schießstätte haben

- unzuverlässig scheinenden Personen (z.B. Angetrunkenen) das Schießen zu untersagen;
- je Bedienungsperson in der Regel nicht mehr als jeweils zwei Schützen, bei Kindern in jedem Fall nur ein Kind zu bedienen;
- die Armbrust erst dann zu spannen, wenn der Schütze jeweils nahe an den Schießtisch herangetreten ist;
die Armbrust ist hierbei vom Schützen abgekehrt und bei der Übergabe in Richtung Abschlusswand zu halten;
- den Bolzen erst unmittelbar vor der Schussabgabe einzulegen und bei einer mit Bolzen bestückte Armbrust, mit der nicht sofort geschossen wird, umgehend den Bolzen zu entnehmen;
- Abschusshemmungen sofort zu beseitigen; gelingt dies nicht, sind die Armbrüste zu mit dem Spannhebel zu entspannen;
- die Bolzen während des Schießbetriebes so zu verwahren, dass sie dem unbefugten Zugriff entzogen sind;
- den Platz am Schießtisch während des Schießens ständig beizubehalten.

D. Stiefel

04/2016

eMail

Betreff: AW: mobiler Schießstand des DSB - Erfüllung der Bescheidsauflagen 23.05.2016 15:31:44
An: "Robert Garmeister" <garmeister@dsb.de>
Von: Michaela.Lanio@wiesbaden.de
Priorität: Normal
Anhänge: 0

Sehr geehrter Herr Garmeister,

Sie haben mit Email vom heutigen Tag Bilder der erneuerten Weichfaserplatten übermittelt und mitgeteilt, dass die von dem Gutachter, Herrn Stiefel, geforderte Änderung zeitnah umgesetzt wurde.

Die Verfügung vom 19.05.2016 habe ich mit der Auflage Nr. 1 erlassen, dass der in dem Gutachten des Schießstandsachverständigen, Herrn Stiefel, näher bezeichneter Mangel (Siehe Seiten 8-9 des Gutachtens vom 30.04.2016) zu beseitigen ist.

Mit Beseitigung des Mangels und der Unterrichtung der Behörde ist die Auflage Nr. 1 der Verfügung vom 19.05.2016 erfüllt. Somit bestehen keine Bedenken gegen die Nutzung des mobilen Schießstandes, sofern die Bedingung und die übrigen Auflagen eingehalten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Michaela Lanio

Landeshauptstadt Wiesbaden

Ordnungsamt - 310212

Waffenrecht - Sprengstoffrecht

Untere Jagdbehörde - Untere Fischereibehörde

Alcide- de- Gasperi- Straße 2

65197 Wiesbaden

Tel: 0611 / 31-2124

Fax: 0611 / 31-4970

Email: 310212.wajafi@wiesbaden.de

Internet: www.wiesbaden.de

„Diese Nachricht könnte vertrauliche und/ oder rechtlich geschützte Inhalte haben. In jedem Fall ist sie nur für diese Adresse bestimmt; anderen ist es also nicht gestattet, sie zu lesen, zu kopieren, zu verbreiten oder zu verwenden. Sollten Sie diese Nachricht irrtümlich erhalten haben, bitten wir Sie, sich umgehend mit uns in Verbindung zu setzen und sie umgehend von Ihrem Datenträger zu entfernen.“



Bitte prüfen Sie, ob diese Mail wirklich ausgedruckt werden muss

Von: Robert Garmeister [mailto:garmeister@dsb.de]

Gesendet: Montag, 23. Mai 2016 14:17

An: Reidel, Dirk; ralf.mann@wiesbaden.de; Lanio, Michaela

Cc: Jörg Brokamp; Astrid Harbeck

Betreff: mobiler Schießstand des DSB - Erfüllung der Bescheidsauflagen

Sehr geehrte Frau Lanio,

sehr geehrter Herr Reidel,

sehr geehrter Herr Mann,

anbei sende ich Ihnen Fotoaufnahmen der ausgetauschten Dämmfaserweichholzplatten

und der Verschraubung dieser von der Rückseite als Beleg dafür, dass wir die Vorgaben aus dem Gutachten von Herrn Stiefel bzw. Ihres Bescheides vom 19.05.2016 umgesetzt haben.

Für einen kurzen Zweizeiler, dass damit der Vorgaben aus Ihrem Bescheid von Seite 2 genügegetan ist, wäre ich Ihnen dankbar. Ich würde diesen Vermerk dann mit den Unterlagen jeweils an den Ausleiher weiterreichen, um Nachfragen seitens der örtlich zuständigen Behörde vorzubeugen.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Garmeister
Leiter Recht und Verbandsentwicklung

Deutscher Schützenbund e.V.
German Shooting Sport & Archery Federation
Lahnstr. 120 - 65195 Wiesbaden
Tel.: +49 611 4680795
Fax: +49 611 4680760
garmeister@dsb.de
www.dsb.de



Präsident:	Heinz-Helmut Fischer
1. Vizepräsident:	Wolfgang Kink
Vizepräsident Recht:	Jürgen Kohlheim
Vizepräsident Finanzen:	Gerd Hamm
Vizepräsident Sport:	Gerhard Furnier
Vizepräsidentin Ethik, Toleranz, Wertevermittlung & Gleichstellung:	Hannelore Lange
Vizepräsident Bildung & Verbandsentwicklung:	Jonny Otten
Vizepräsident Schützentradition & Brauchtum:	Hans-Heinrich von Schönfels
Vizepräsident Jugend:	Stefan Rinke
Bundesgeschäftsführer:	Jörg Brokamp
Vereinsregister:	Amtsgericht Wiesbaden, VR 1296

Wiesbadener Volksbank, Kontonummer: 8808805, Bankleitzahl: 51090000
IBAN: DE04 5109 0000 0008 8088 05, BIC: WIBADE5W
Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE 113990227

Diese EMail enthält vertrauliche und / oder rechtlich geschützte Informationen. Wenn Sie nicht der richtige .
informieren Sie Bitte sofort den Absender und vernichten Sie diese EMail. Das unerlaubte Kopieren sowie die
This e-
mail may contain confidential and / or privileged information. If you are not the intended recipient (or hav
please notify the sender immediately and destroy this email. Any unauthorised copying, disclosure or distrib

To: dirk.reidel@wiesbaden.de
ralf.mann@wiesbaden.de
Michaela.Lanio@wiesbaden.de
Cc: brokamp@dsb.de
harbeck@dsb.de

Beleg für Austausch der Weichholzdämmplatten gegenüber der Ordnungsbehörde Wiesbaden wie dies im Bescheid vom 19.05.2016 gefordert wurde



Vorderseite der Zielwand

Oben und unten
Weichholzdämmplatten, in der
Mitte Sperrholzplatten auf der die
eigentliche Zielscheibe mit
Pinnägeln befestigt wird.



Rückansicht der Zielwand

Zu sehen ist nur die Sperrholzplatte,
da die Weichholzdämmplatte auf
der Rückseite der blauen
Holzplatten montiert ist.



Nahaufnahme der Rückseite der Zielwand

Die Weichholzdämmplatten sind von der
Rückseite verschraubt worden.